

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

05.06.2008

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 34. Sitzung
der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Donnerstag, 5. Juni 2008

Beginn : 19:00 Uhr
Ende : 22:09 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesend :

- Jost Aé
- Dr. Gerhard Bartels
- Dr. Ullrich Bittner
- Dr. Ralf Döring
- Rita Duschek
- Rudi Duschek
- Dr. Frauke Fassbinder
- Marion Heinrich
- Kerstin Hochheim
- Axel Hochschild
- Torsten Hoebel
- Matthias Horn
- Edwin Hübner
- Wolfgang Jochens
- Markus Jülich
- Renate Kliefoth
- Christian Kruse
- Hinrich Kuessner
- Dr. Lüer Kühne
- Marian Kummerow
- Christa Landmesser
- Jürgen Liedtke
- Egbert Liskow
- Dr. Thomas Meyer
- Karin Müller
- Peter Multhauf
- Thomas Mundt
- Sebastian Ratjen
- Olaf Schmidt
- Dr. Gustav Seils
- Birgit Socher
- Ludwig Spring
- Dr. Rainer Steffens
- Ulla Tesmer
- Mechthild Thonack
- Bernd Uhlig
- Christiane Walther
- Wilfried Zink

Entschuldigt :

- Dr. Jürgen Bremer
- Dr. Jörn Kasbohm
- Rainer Mutke

Unentschuldigt: Lars Templin

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. **Diskussion von Beschlussvorlagen**
- 3.1. Außerplanmäßige Ausgabe zur Realisierung von baulichen Veränderungen entsprechend den Auflagen des DFB im Volksstadion B488-34/08
Dez. II, Amt 23
4. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
5. Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
6. Mitteilungen des Präsidenten
7. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Herr Liskow teilt mit, dass Frau Maria Gomolka (CDU-Fraktion) ihr Mandat zurückgegeben hat. Das Nachfolgemandat nimmt Frau Renate Kliefoth wahr. Der Präsident verpflichtet Frau Kliefoth als neues Mitglied der Bürgerschaft per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten. Damit sind wieder 42 Mitglieder in der Bürgerschaft vertreten.

Der Präsident, Herr Liskow, eröffnet die Dringlichkeitssitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit 36 Mitgliedern der Bürgerschaft zu Beginn der Sitzung ist die Bürgerschaft beschlussfähig. Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König, ist aus Krankheitsgründen nicht anwesend und sein Stellvertreter, Herr Arenskrieger, befindet sich auf einer Dienstreise. Herr Dembski als amtierender Oberbürgermeister ist anwesend.

Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung

Der Präsident informiert, dass 4 Tischvorlagen vor der Sitzung ausgereicht wurden:

- eine überarbeitete Verwaltungsvorlage
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion
- Änderungsantrag der Gruppe der FDP
- Antrag über eine außerplanmäßige Ausgabe zum Abbau des Sanierungsstaus bei Schulen und Kindertagesstätten (Fraktion Grüne/oK)

Um eine ordnungsgemäße Sitzung zu ermöglichen, schlägt der Präsident eine Lesepause vor, nachdem die entsprechenden Anträge ordnungsgemäß eingebracht sind.

Herr Dr. Bittner bezweifelt die Notwendigkeit dieser Dringlichkeitssitzung.

Aufgrund der Zweifel von Herrn Dr. Bittner bezüglich der Dringlichkeit dieser Sitzung erläutert Herr Liskow, dass der GSV bis zum 06.06.2008, 15:30 Uhr dem DFB erklären muss, dass sie die Voraussetzungen für die Saison 2008/2009 schaffen werden. Für diese Entscheidung muss die Bürgerschaft heute einen entsprechenden Beschluss fassen, damit der Verein Sicherheit hat.

Herr Dr. Bittner bringt den Antrag der Fraktion Grüne/oK ein und begründet ihn. Dabei erinnert er an die Bürgerschaftssitzung vor einem Monat, auf der ein ein-

stimmiger Beschluss gefasst wurde, dass die Schulen oberste Priorität in unserer Stadt haben. Einen Monat später stehen 750.000 € zur Verfügung (siehe Deckungsquellen in der Verwaltungsvorlage) zum Umbau des Volksstadions. Der heute vorgelegte Antrag sollte zeigen, dass es noch andere Möglichkeiten gibt, „die Mittel zu verbraten“.

Es war auch nicht geplant, in den Ausschüssen über diese Mittelvergabe zu diskutieren. Erst durch den Antrag der Grünen/oK wurde über das Volksstadion diskutiert.

Für die SPD-Fraktion bringt Herr Kuessner den Änderungsantrag ein und begründet ihn. Auch dieser Änderungsantrag liegt allen Mitgliedern der Bürgerschaft schriftlich vor. Die SPD-Fraktion möchte eine Lösung finden, dass der Aufstieg des GSV von der Bürgerschaft begleitet wird.

Herr Kuessner beantragt, die Verwaltungsvorlage heute in erster Lesung zu behandeln und die Beschlussfassung auf den 30.06.2008 zu vertagen.

Herr Dr. Meyer ist der Meinung, dass noch Fragen offen sind, die für die Entscheidungsfindung wichtig sind. Er bittet vor der Abstimmung um Klärung.

Daraufhin beantragt Herr Ratjen Rederecht für den Trainer des GSV, Herrn Zachhuber.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Herr Zachhuber erläutert die Situation. Ob gespielt wird und wer spielt, wird sich am 11. Juni bis 15:30 Uhr entschieden.

Für Herrn Multhauf ist anhand der Äußerungen von Herrn Zachhuber die Dringlichkeitssitzung nicht ersichtlich.

Herr Multhauf merkt an, dass die Vorlage der Verwaltung, obwohl nicht vorgesehen, trotzdem in einigen Ausschüssen beraten wurde.

Herr Multhauf spricht das Problem der Befangenheit an. Er ist der Meinung, dass die Befangenheit mindestens drei Mitglieder der Bürgerschaft betrifft.

Herr Multhauf beantragt die sofortige Beendigung der Sitzung.

Der Präsident erklärt daraufhin, dass im Vorfeld das Thema der Befangenheit geprüft wurde und es wurde festgestellt, dass die angesprochenen drei Mitglieder der Bürgerschaft nicht befangen sind.

Als amtierender Oberbürgermeister erläutert Herr Dembski, dass die Mitwirkungsverbote im § 24 der Kommunalverfassung geregelt. Es ist nach diesem Paragraphen nicht ersichtlich, dass irgendein Mitglied der Bürgerschaft befangen ist.

Gegen den Antrag von Herrn Multhauf spricht Herr Ratjen.

Der Präsident lässt daraufhin über den Antrag von Herrn Multhauf abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei 9 Stimmen dafür und 5 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt

Der Präsident lässt danach darüber abstimmen, dass der Antrag der Fraktion Grüne/oK zur „außerplanmäßige Ausgabe zum Abbau des Sanierungsstaus bei Schulen und Kindertagesstätten“ auf die Tagesordnung kommt.

Abstimmungsergebnis: bei 15 Stimmen dafür, 19 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen abgelehnt

Daraufhin lässt der Präsident über die vorgelegte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 3 Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 3.1 Außerplanmäßige Ausgabe zur Realisierung von baulichen Veränderungen entsprechend den Auflagen des DFB im Volksstadion
B488-34/08

Lesepause von 19:39 Uhr bis 19:50 Uhr

Für die Verwaltung bringt der amtierende Oberbürgermeister, Herr Dembski, die überarbeitete Verwaltungsvorlage ein.

Im Rahmen dieser Einbringung bittet er die Bürgerschaftsmitglieder um Fairness. Der Ausgangspunkt dieses Beschlussantrages ist der enorme sportliche Erfolg des GSV und dieser Situation muss man sich auch stellen. Das Stadion muss tauglich gemacht werden oder ein Aufstieg macht keinen Sinn.

Die Verwaltung schlägt vor, bereits jetzt mit der Planung und Ausschreibung zu beginnen. Sollten die Relegationsspiele verloren werden, wird der Ausbau des Stadions nicht stattfinden. Die Planungsleistungen in Höhe von ca. 20.000 € wären dann verloren.

Durch die Deckungsquelle Technisches Rathaus wird das Finanzierungsrisiko auf das nächste Jahr verlagert, weil dann die Mittel benötigt werden.

Herr Dembski teilt mit, dass er mit dem Innenminister verhandelt hat und das Land bereit ist, ca. 150.000 € in diesem Jahr dazu zu geben.

Sollten wieder Nutzungsgebühren eingeführt werden, muss es eine generelle Festlegung für alle Vereine geben. Das ist aber über die entsprechende Satzung zu regeln.

Herr Kremer, Leiter des Immobilienverwaltungsamtes, gibt einige Erläuterungen zu den Planungen und zum Ablauf anhand einiger Folien, die in der Kanzlei der Bürgerschaft zur Einsichtnahme vorliegen.

Für die Bürgerliste bittet Herr Spring, dass im Beschlusstext festgeschrieben wird, dass die Baumaßnahmen erst ausgelöst werden, wenn die Relegation d.h. der Aufstieg erfolgreich absolviert ist.

Daraufhin zitiert der Präsident den Punkt 3. der Vorlage, in den entsprechendes festgelegt ist.

Für die Gruppe der FDP bringt Herr Hoebel folgenden geänderten Änderungsantrag ein und begründet ihn:

Die UHGW erhebt wegen der Umbaumaßnahmen gegenüber allen Vereinen, die das Stadion nutzen, eine Platznutzungsgebühr. Über die Höhe dieser Nutzungsgebühr soll durch gesonderte Satzung entschieden werden.

Auf Hinweis von Herrn Dr. Bartels zieht Herr Hoebel den schriftlich ausgereichten Änderungsantrag zurück.

Daraufhin schlägt der Präsident vor, in die Verwaltungsvorlage einen Punkt 5. aufzunehmen, der wie folgt lauten soll:

1. Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald erhebt eine Platznutzungsgebühr. Näheres regelt eine gesonderte Satzung.

Im Rahmen der Diskussion macht Herr Dr. Bartels einige Bemerkungen, stellt Fragen und trifft Feststellungen zum Thema.

Er weist darauf hin, dass die Bürgerschaft mit dem heutigen Beschluss eine Haushaltsentscheidung fällt. Herrn Dr. Bartels fällt auf, dass man mit den Berechnungen unterhalb der 600.000 € Grenze geblieben ist. Wäre man darüber gekommen, hätte eine Nachtragssatzung zum Haushalt aufstellen müssen.

Im Rahmen seiner Wortmeldung kündigt Herr Dr. Bartels an, dass sich die Fraktion Die Linke. vorbehält, durch die Kommunalaufsicht die Frage der Befangenheit prüfen zu lassen.

Herr Kremer nimmt Stellung zu einigen Fragen von Herrn Dr. Bartels. Dass ein gewisses Kostenrisiko besteht, ist nicht zu leugnen.

Für die CDU-Fraktion gibt Herr Hochschild als Vorsitzender eine Stellungnahme seiner Fraktion ab.

Für die Fraktion Grüne/oK spricht Herr Dr. Döring.

Herr Kuessner macht noch einmal deutlich, dass die SPD-Fraktion mit ihrem Änderungsvorschlag erreichen will, dass die Bürgerschaft zu einem einheitlichen Handeln kommt und eine Aktion für Spenden startet.

Aufgrund einiger Bemerkungen von Herrn Multhauf zur Kommunalverfassung und einem Rückblick auf das Volksstadion reagiert Herr Dembski.

Juristisch ist der Vorstand eines Vereins genau definiert. Der GSV ist ein Verein und der Gesamtverein hat einen Vorstand, der ihn vertreten darf.

Auf die Frage von Herrn Dembski, ob Herr Dr. Steffens denn Mitglied dieses vertretungsbefugten Vorstandes des GSV 04 sei, antwortet er klar und für alle hörbar: Nein. Und wenn die Fraktion der Linken dies überprüfen lassen wollen, sieht die Verwaltung dem sehr gelassen entgegen.

Frau Heinrich weist darauf hin, dass das Statement ihrer Fraktion immer noch ausstehe.

Im Rahmen der Diskussion weist Herr Dr. Bartels darauf hin, dass normalerweise ein Bau nicht begonnen werden darf, ehe der Fördermittelantrag beschieden ist, das bedeutet, dass ein Antrag auf vorzeitigen Baubeginn gestellt werden müsse.

Für Herrn Dr. Bartels ist es fraglich, ob alle Formalitäten in dem kurzen Zeitraum erledigt werden können.

Der Spendenaufruf von Herrn Kuessner findet er in Ordnung und Herr Dr. Bartels würde sich ebenfalls mit einer Spende von 200 € beteiligen.

Herr Multhauf bemerkt, dass es im Moment noch möglich ist, dass die Leute das Volksstadion betreten können. Mit dem heutigen Beschluss, meint Herr Multhauf, entsteht eine Anlage, ähnlich wie sie in Gefängnissen aufgebaut wird. Allein die Zaunanlage wie sie entstehen soll, mache daraus kein Volksstadion mehr.

Herr Multhauf zitiert aus der Sicherheitsrichtlinie, dass es um wesentlich mehr geht, was alles errichtet werden muss.

Frau Heinrich gibt die Stellungnahme für die Fraktion Die Linke ab.

Herr Dembski weist darauf hin, dass die von Herrn Multhauf zitierte Sicherheitsrichtlinie für alle Stadien gilt und, dass sie auch Ausnahmeregelungen im § 34 zugelassen hat.

Herr Spring schlägt im Rahmen der Diskussion vor, dass über die beiden Punkte des SPD-Antrages getrennt abgestimmt wird.

Herr Dr. Bittner macht einige Bemerkungen zur Fairness und bezeichnet die Beschlussvorlage als Angriff auf das Haushaltsrecht.

Herr Hochheim bestätigt, dass die Finanzierung der diskutierten Maßnahme ein Problem darstellt. Die Mittel, die für den Postumbau in diesem Jahr geplant waren, werden in diesem Jahr nicht abfließen. Das heißt aber nicht, dass das Geld nicht benötigt wird. Es gibt keine Ausgabe ohne Deckungsquelle und das Postgebäude ist die einzige mögliche Deckungsquelle, wenn die Maßnahme jetzt stattfinden soll.

Herr Multhauf ist der Meinung, dass für die geplanten Maßnahmen, zweckgebunden Kredite aufgenommen werden müssen. Jetzt werde dieser zweckgebundene Kredit missbraucht für eine total freiwillige Aufgabe. Das Innenministerium müsste jetzt sagen: Stopp! Das ist rechtswidrig!

Daraufhin erklärt Herr Hochheim, dass inzwischen ein Umdenken im Innenministerium stattgefunden hat. In der Vergangenheit gab es tatsächlich Kreditzusagen für einzelne Maßnahmen. Jetzt gibt es die Kredite ohne spezielle Zuweisungen. Das bedeutet, dass im nächsten Jahr im Vermögenshaushalt an anderer Stelle den Anteil von ca. 400.000 € abknapsen müssen, um die Post realisieren zu können. Herr Hochheim geht davon aus, dass im Laufe des Haushaltsjahres so viele zusätzliche Einnahmen fließen werden, dass die 400.000 € gedeckt werden können. Herr Hochheim ist nicht der Meinung, dass das strafrechtlich relevant sein könnte.

Auf Nachfrage von Herrn Kuessner erläutert Herr Hochheim, dass die Mittel im Punkt 1. den Vermögenshaushalt betreffen und der Verwaltungshaushalt nur das Haushaltsjahr 2008 betrifft.

Im Rahmen der Diskussion beantragt Herr Hochschild für die CDU-Fraktion, die beiden Punkte des SPD-Antrages getrennt abzustimmen und über die Verwaltungsvorlage namentlich abzustimmen.

Frau Walther bezieht sich an den Antrag der FDP und stellt klar, dass die zu erarbeitende Satzung ab Spielbeginn 2008/2009 gelten soll.

Frau Heinrich bittet darum, die Abstimmungsergebnis aus den Fachausschüssen bekannt zu geben.

Frau Socher beantragt, Herrn Stein vom GSV Rederecht zu geben.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Herr Stein, Vereinsvorsitzender des GSV 04, bekräftigt noch einmal, dass der Verein bis zum 06.06.2008 den Antrag auf die Relegation stellen muss oder zurückziehen muss.

Frau Dr. Fassbinder fordert die Bürgerschaft auf, das Thema auch mal aus einer anderen Sicht zu betrachten. Dabei zitiert sie aus zwei Protokollen.

Bildungsausschuss:

„Frau Thonack: Die Verwaltung hat hinsichtlich der Finanzierung (es geht um den Sanierungsstau an den KiTas) sich etwas einfallen zu lassen.

Herr Hübner konstatiert, dass der Haushalt für 2008 steht.“

Frau Dr. Fassbinder fragt: Und jetzt steht er plötzlich nicht mehr?

Bürgerschaft vom 05.05.2008:

„Herr Hübner sagt: Es muss niemand die Augen verschließen und glauben, dass die Kommunen sonst irgendwie mehr Geld bekommen.“

Frau Dr. Fassbinder stellt fest: Jetzt ist Geld da.

„Der Oberbürgermeister fordert Herrn Multhauf auf, zu sagen, wo man das Geld denn besorgen soll.“

Es geht hier nicht um Kinder gegen Sport, sondern auch um die Glaubwürdigkeit dieses Gremiums. Man kann sich nicht vor vier Wochen hinstellen, dass die Kitas in dieser Stadt höchste Priorität haben und jetzt, vier Wochen später hat ein Fußballverein und zwar nur eine Mannschaft die höchste Priorität.

Die Bürgerschaft verliert ihre Glaubwürdigkeit und das sollte nicht passieren.

Aufgrund der Bemerkungen von Herrn Kuessner erklärt Herr Liskow, dass der Vereinsvorstand Rechtssicherheit haben muss, weil dieser dafür haftet. Wenn erst am 30.06.2008 darüber beraten würde und dieser Beschluss nicht gefasst würde, der Verein aber gemeldet hätte, dann gibt es eine Vertragsstrafe.

Herr Kuessner fordert eine klare fachlich fundierte Antwort, damit man entsprechend abstimmen kann.

Daraufhin erläutert Herr Stein, dass zwei Vertreter für den Verein (Herr Röstel und Herr Jordan) in Frankfurt/Main waren, wo man ihnen definitiv erklärt hat, was passiert, wenn die Auflagen nicht erfüllt werden. Wenn die Bürgerschaft am 30.06.2008 gegen den Verein stimmt, dann ist die Vertragsstrafe sicher, prozentual je nach Haushaltsetat bis zu 250.000€. Diese Summe kann der Verein auf jeden Fall nicht zahlen.

Außerdem gibt es dann noch andere rechtliche Folgen. Was sonst noch auf den Verein zukommt, kann Herr Stein nicht einschätzen.

Diese Aussagen stellen Herrn Kuessner nicht zufrieden. Er will ein schriftliches Dokument vorgelegt haben.

Auf diese Weise wird man ihn zu keiner Entscheidung zwingen können.

Herr Hochschild versteht die Aufregung nicht. Wer am 30.06.2008 dafür ist, kann auch heute dafür stimmen. Am 30.06.2008 wird es keine andere Situation geben.

Für Herrn Ratjen ist es völlig normal, wenn zwei Geschäftsleute mündlich oder schriftlich einen Vertrag schließen. Wird dieser Vertrag nicht eingehalten, gibt es eine Konventionalstrafe. Es wäre ein achttes Weltwunder, wenn es beim DFB nicht der Fall wäre. Herr Ratjen hat volles Vertrauen in den Vorsitzenden des GSV. Er hält es für höchst unverantwortlich, wenn er ohne die Entscheidung der Bürgerschaft eine Meldung an den DFB geben würde. Damit würde er die finanzielle Zukunft des GSV extrem gefährden.

Zur Glaubwürdigkeit der Bürgerschaft äußert Herr Ratjen: „Wir haben eben unsere Meinung geändert. Das habe nichts mit dem Verlust der Glaubwürdigkeit zu tun, wir haben Prioritäten gesetzt. Es kann sein, dass wir uns dabei auch irren. Dann haben wir einen Fehler gemacht. Wir gehen aber dieses Risiko ein und ich stehe dafür, dieses Risiko einzugehen und mögen die Wählerinnen und Wähler bei der Kommunalwahl nächstes Jahr darüber urteilen, ob es ein Fehler war oder

ob es richtig war.“

Herr Kruse wiederholt, dass es bis zum 30.06.2008 nur um die Planungsleistungen geht, nicht um die hohen Summen, die in der Beschlussvorlage stehen.

Herr Hochschild widerspricht Herrn Ratjen. Die CDU-Fraktion steht nach wie vor zur Sanierung von Schulen und Kindergärten. Die CDU-Fraktion steht nach wie vor dazu, den Anteilsverkauf der WVG in der Bürgerschaft zu beschließen und dann Geld verwenden, um Schulen und Kindergärten zu sanieren. Zu diesem Wort steht die CDU-Fraktion nicht erst seit der letzten Bürgerschaftssitzung.

Für Herrn Kuessner gibt es einen Unterschied zwischen dem heutigen Tag und dem 30.06.2008. Es ist eine erhebliche Ausnahme, dass Geld vergeben wird, was die Stadt nicht hat. Es wird sich zeigen, ob die Greifswalder BürgerInnen das für richtig halten und sich mit Spenden beteiligen.

Am 30.06.2008 ist außerdem bekannt, was mit dem Anteilsverkauf wird.

Die SPD-Fraktion beantragt vor der Abstimmung eine Auszeit von 10 Minuten.

Auszeit 21:42 Uhr bis 21:50 Uhr

Herr Kuessner gibt für die SPD-Fraktion folgende Erklärung ab:

Die SPD-Fraktion zieht den 1. Punkt ihres Änderungsantrages zurück.

Die SPD-Fraktion wird sich der Stimme enthalten. Das ist keine Entscheidung gegen den GSV, sondern gegen die Art und Weise wie hier mit Finanzen umgegangen wird und wie das Verfahren durchgezogen wird.

Herr Liskow stellt fest, dass der Verwaltungsantrag durch einen Punkt 5. aufgrund des Antrages der FDP-Gruppe erweitert wird.

5. Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald erhebt eine Platznutzungsgebühr ab 01.09.2008.

Näheres regelt eine gesonderte Satzung.

Der Präsident schlägt außerdem vor, den Punkt 2. des SPD-Antrages als Punkt 6. aufzunehmen.

6. Die Bürgerschaft ruft die Sponsoren des GSV, die Bürgerinnen und Bürger der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und darüber hinaus alle Fans des GSV auf, für die Finanzierung der notwendigen Maßnahmen zu spenden. Die Bürgerschaft bittet die Ostsee-Zeitung diese Spendenaktion zu unterstützen.

Der Präsident gibt die Abstimmungsergebnisse aus den Fachausschüssen bekannt:

	Ja	Nein	Enthaltungen
Finanz- und Liegenschaftsausschuss	6	4	1
Bau- und Umweltausschuss	5	3	1
Wirtschafts- und Kulturausschuss	7	2	3
Bildungs-, Universitäts- und Sportausschuss	3	7	1

Der Präsident lässt namentlich über folgenden geänderten Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Eine außerplanmäßige Ausgabe aus dem Vermögenshaushalt i. H. von max. 545.000,- EUR einschließlich Mehrwertsteuer für die Schaffung der baulichen Voraussetzungen im Volksstadion entsprechend der Auflagen des DFB. Die betreffenden Haushaltsstellen sind gegenseitig deckungsfähig.

2. Eine außerplanmäßige Ausgabe aus dem Verwaltungshaushalt 2008 in Höhe von max. 39.000,00 EUR einschließlich Mehrwertsteuer für Anmietung einer Raumzellenanlage mit Kaufoption.
3. die zur Umsetzung der Maßnahmen notwendigen Planungsleistungen können unverzüglich ausgelöst werden. Bauaufträge und die Anmietung der Raumzellenanlage dürfen erst erfolgen, wenn feststeht, dass der GSV aufsteigt und der GSV dem DFB bis zum 06.06.2008 ein Ausweichstadion für die Zwischenzeit bis zur Realisierung der Baumaßnahmen nachweist.
4. Für den Fall, dass für die vorstehenden Maßnahmen Zuweisungen Dritter kassenwirksam erfolgen, fließen diese zweckgebunden der gebenden Haushaltsstelle zu.
5. Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald erhebt eine Platznutzungsgebühr ab 01.09.2008.
Näheres regelt eine gesonderte Satzung.
6. Die Bürgerschaft ruft die Sponsoren des GSV, die Bürgerinnen und Bürger der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und darüber hinaus alle Fans des GSV auf, für die Finanzierung der notwendigen Maßnahmen zu spenden. Die Bürgerschaft bittet die Ostsee-Zeitung diese Spendenaktion zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis: namentlich (Anlage zum Protokoll)
24 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen und
7 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 4 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

- keine Mitteilungen

Zu TOP: 5 Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Für die Fraktion Die Linke stellt Frau Heinrich folgende Fragen:

- 1 Wann findet die gemeinsame Sitzung des Lenkungsausschusses und des Aufsichtsrates der WVG, die Sie auf der letzten Sitzung der Bürgerschaft angekündigt haben, statt?
- 2 Aus welchem Grund konnte der von Ihnen in Aussicht gestellte Termin Ende Mai nicht eingehalten werden?
- 3 Wann soll die Bürgerschaft über einen möglichen Verkauf von WVG-Anteilen beraten?
- 4 Wann werden den Mitgliedern der Bürgerschaft entsprechende Unterlagen zur Verfügung gestellt?

Die Beantwortung nimmt Herr Hochheim vor.

Zu 2. Der Oberbürgermeister hatte in der nichtöffentlichen Sitzung am 5. Mai 2008 über den Sachstand im Verfahren berichtet. Danach sollte der voraussichtliche Termin in Abhängigkeit von vorliegenden konkreten Verhandlungsständen Ende Mai sein.

Zu 1. Die gemeinsame Sitzung des Lenkungsausschusses und des Aufsichtsrates der WVG mbH wird nach heutigem Kenntnisstand am 23. Juni 2008 ab 14:00 Uhr stattfinden. Einladungen hierzu werden rechtzeitig versandt. Dort haben dann auch Bürgerschaftsmitglieder Gelegenheit, die möglichen strategischen Partner des Wohnungsunternehmens kennenzulernen.

Zu 3. Geplant ist, am 30. Juni in nichtöffentlicher Sitzung eine Entscheidung zu treffen.

Zu 4. Die Frage nach den Unterlagen lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt schlecht beantworten. Die Unterlagen werden übergeben, wenn es der Verfahrensstand zulässt, sicherlich im Zusammenhang mit dem Lenkungsausschuss.

Der Präsident wiederholt noch einmal, dass die Mitglieder des Hauptausschusses als Lenkungsausschuss und die Mitglieder des Aufsichtsrates zur Sitzung am 23. Juni in den Bürgerschaftssaal eingeladen werden. Die Bürgerschaftsmitglieder können als Gäste an dieser Sitzung teilnehmen, haben aber kein Rederecht.

Herr Dr. Bartels hinterfragt, ob die Verwaltung wirklich plant, den ehrenamtlich Tätigen nur eine Woche Zeit zum Studium der Unterlagen zu geben und dann noch zu einer sachgerechten Entscheidung zu kommen?

Der Präsident erklärt, dass er zur Sitzung am 30.06.2008 einladen wird. Erst am 23.06.2008 kann man erkennen, ob eine Woche ausreicht. Die Unterlagen sind noch nicht bekannt.

Herr Dr. Bartels erkennt aus dieser Antwort, dass es möglich sein kann, dass zum Thema WVG-Anteilsverkauf eine zweite Lesung möglich sein könnte.

Herr Dr. Bittner bemerkt, dass die Fraktion Grüne/oK eine Kleine Anfrage zum Zaun im Volksstadion gestellt. Die Beantwortung sollte in der heutigen Sitzung mit der Beschlussvorlage erfolgen.

Die Frage, ob sich der Greifswalder SV an der Finanzierung dieser Umbaumaßnahme beteiligen wird, ist noch nicht beantwortet.

Daraufhin erläutert Herr Dembski, dass die Finanzierung dargestellt wurde. Die Beteiligung wird über die Gebühren erfolgen.

Herr Multhauf bittet um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist der Stand des Berichtes des Landesrechnungshofes zur Überprüfung unserer Stadt
2. Am 30. Mai hat die Anhörung zur Kreisgebietsreform in Schwerin stattgefunden.
3. Es gibt eine Vorlage „Wiecker Schlag“. Warum ist der Bildungs-, Universitäts- und Sportausschuss in die Beratung nicht einbezogen?
4. Diese Frage wird schriftlich erfolgen. Am 30. Juni möchte Herr Multhauf eine Antwort darauf haben, wie und von wem der Wahlkampf des Oberbürgermeisters 2001 und 2008 finanziert wurde.

Zu TOP: 6 Mitteilungen des Präsidenten

- keine Mitteilungen

Zu TOP: 7 Schluss der Sitzung

22:09 Uhr

für das Protokoll

Egbert Liskow
Präsident

Schult
Sachbearbeiterin

Anlage: Liste der Beschlusskontrolle in den Fachausschüssen Mai/Juni